

Geht es um Wohnungspolitik oder um Planwirtschaft?

Am 9. Februar stimmen wir über die Mietverbandsinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Die Forderungen der Initianten sind happig: Nach dem Willen der Initianten sollen Sanierungen nicht mehr zum Verlust von preisgünstigen Wohnungen führen und der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen an allen Neubauten soll 10 Prozent betragen. Gemeinden und Kantone sollen ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einführen können. Wir finden: Gemeinden und Kantone sollen nicht auch noch im Grundstückshandel aktiv werden müssen.

Heute beträgt der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen am Neubaubestand etwa 3 Prozent. Um der Initiative gerecht zu werden, müssten jährlich mehr als dreimal so viele solcher Wohnungen erstellt werden wie bisher. Gemäss Bundesstatistik standen 2019 in der Schweiz knapp 80 000 Wohnungen leer. In Zürich sind bereits 27 Prozent der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Wohnbauträger – die 10-Prozent-Quote ist hier längst erfüllt. Dort, wo Wohnraum knapp ist, würde die Initiative also gar nichts bringen. Aber der administrative Aufwand und die Kosten würden steigen. Darum ein Nein am 9. Februar.

Markus Krüger, Frümson
Präsident Hauseigentümergebund
Werdenberg

Der Mieterverband möchte mit seiner Initiative «Spekulant stoppen». Wer bitte sollen diese Spekulanten sein? Die Hälfte der Mietwohnungen in der Schweiz werden von Privatpersonen vermietet. Ich bin selbst Mieter und vermiete auch selbst ein paar wenige Wohnungen. Dabei ist es mir ein Anliegen, meine Mieter fair zu behandeln. Vielen Mietern ist überhaupt nicht bewusst, was beispielsweise eine energetische Sanierung kostet, welche notabene vom Gesetz her zwingend ist.

Die Fördergelder reichen nirgends hin, sie sind eher ein symbolischer Beitrag beziehungsweise Verpuffung von Steuergeldern. Zu guter Letzt: Wer soll die Eigentümer der

geforderten 10 Prozent Genossenschaftswohnungen kontrollieren? Ein neuer Verwaltungsapparat, den linke Kreise ja immer gerne ausbauen möchten?

Wir haben heute schon restriktive Massnahmen, welche auf Basis des Referenzzinssatzes Zinserhöhungen, beziehungsweise Anpassungen kaum zulassen, zum Beispiel bei Folgemietern ...

Ich stimme deshalb überzeugt Nein und bin gegen diesen administrativen Leerlauf.

Christian Meng, Niederterfuen

Wir Schweizer sind mehrheitlich Mieter. Darum finde ich soll man diese Initiative unterstützen. Die Hausbesitzer, Pensionskassen, Versicherungen und Verwaltungen müssen ihr Geld anlegen. Bei Hypotheken-Erhöhung steigt die Miete. Bei der Reduzierung geben sie nur mangelhaft retour.

Sie haben auch die Möglichkeit, die Mietpreise an den Nachbarn anzupassen und treiben so den Mietpreis immer in die Höhe. Darum wäre es besser, auch diese Initiative zu unterstützen, auch wenn es mehr Arbeit gibt. Ich stimme mit Ja.

Heinz Siegrist, Herisau

Mit der Mietverbandsinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wird eine Quote für Genossenschaftswohnungen geschaffen. So wird ein System mit «Insidern» und «Outsidern» etabliert.

Alteingesessene Insider profitieren von vergünstigten Wohnungen, neu zugezogene Outsider ohne lokales Netzwerk haben keine Chance, eine solche Wohnung zu ergattern und bezahlen die höheren Marktmieten.

Durch die Quote wird der verbleibende Markt zusätzlich verkleinert und die dortigen Mieten umso teurer. Die geforderte Quote ist unfair und hat einen sozialistischen Touch, deshalb stimme ich am 9. Februar Nein zur Mietverbandsinitiative.

Andreas Dudli, St. Gallen,
Stadtparlamentarier, FDP
Kantonsratskandidat FDP

Unternehmerisches Denken – einsichtiges Handeln

Über die Arbeit von Patrick Stach im Universitätsrat kann ich nichts sagen – viel aber kann ich über seine Tätigkeit in unserem Verwaltungsrat und zu unserer gemeinsamen, schon viele Jahre dauernden Zusammenarbeit sagen: Sie ist weit-sichtig, professionell, kompetent und jederzeit glaubwürdig. Es ist darum unverschäm, wenn in Kommentaren in Zusammenhang mit seinem Rücktritt als Universitätsrat von

«krummen Geschäften», «Ablenkung von Verfehlungen», «Uneinsichtigkeit» etc. geschrieben wird. Patrick Stach hat eine Fahrlässigkeit begangen, ist zurückgetreten und schützt damit die Universität, sich, seine Familie und seine Kanzlei. Der Rücktritt und damit seine Einsichtigkeit ist ihm hoch anzurechnen.

Urs Peter Koller, Präsident, Forol AG,
Generalunternehmung, Herisau

Spitaldebatte: Jetzt aber richtig

«Es droht ein finanzielles Fiasko»,
Ausgabe vom 24. Januar

Die Nachrichten zum Thema «Spitäler» folgen sich Schlag auf Schlag. Letzte: «Es droht ein finanzielles Fiasko.» Der Kanton St. Gallen und die anderen Ostschweizer Kantone sind nicht allein (NZZ vom 26.11.2019 «Schweizer Spitäler geht das Geld aus»). In dieser Debatte droht die Übersicht abhandenzukommen. Damit entsteht die Gefahr, dass die lautesten Stimmen und nicht die besten Lösungen gewinnen. Was für einen Kompass brauchen wir, damit trotz des Wirrwarrs von Meinungen eine gute und zielführende Debatte

geführt werden kann? Wir brauchen klare und gut kommunizierte Leitplanken:

1. Volle Kostenwahrheit und Transparenz. Das wurde nun endlich verbessert, muss aber noch festigt werden. Als Kantonsrätin bin ich darauf angewiesen.

2. Nur wenige klare Ziele: Eine qualitativ gute in angemessener Zeit erreichbare Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton, die langfristig von Staat und Privathaushalten bezahlt werden kann. Andere Interessen dürfen diese Ziele nicht verwässern.

3. Neue Modelle und Zusammenarbeit über die Grenzen sind zwingend. Das kostet zwar Autonomie, ermöglicht

aber bessere Lösungen. Auch das scheint endlich zaghaft in Gang zu kommen.

4. Der vorliegende Vorschlag der Regierung ist sinnvoll und darf keinesfalls mit weiteren Kompromissen verwässert werden. Es gilt, diesen rasch und mit Kraft umzusetzen, dann aus den Resultaten zu lernen und weiter zu verbessern. Kantonsrat und Regierung haben die Pflicht, hier gute Lösungen zu erarbeiten, beim Stimmvolk durchzubringen und zügig umzusetzen. Ich setze mich im Rahmen dieser Leitplanken gerne dafür ein.

Isabel Schorer, St. Gallen
Kantonsrätin

Die Initiative schafft Transparenz

Diese Initiative hält nicht, was sie verspricht,
Ausgabe vom 29. Januar

Über den Kommentar kann man nur den Kopf schütteln, denn er könnte genauso gut von einem Behördenmitglied stammen, das nicht will, dass die Bürgerschaft seinen aus Steuergeldern bezahlten Lohn kennt. Der Kommentar ist umso überraschender, als es das «Tagblatt» war, das 2017 trotz grossen Widerstands der Behörden die Löhne der St. Galler Gemeindepräsidenten veröffentlichte. Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrung entstand die Idee der Initiative. Sie schafft Transparenz über diese Löhne, was heutzutage selbstverständlich sein sollte. Die Aussage, die Initiative strafe die Behörden ab und schwäche den Staat, ist völlig abwegig. Das Gegenteil ist der Fall. Die Löhne wären dem Referendum unterstellt und die gesamte Bürgerschaft könnte darüber abstimmen, wenn sie es denn will. Wie auch immer der Entscheid dann ausfällt, er wäre demokratisch legitimiert. Im Übrigen wäre eine Lohnreduktion kaum ein geeignetes Mittel, um die Unzufriedenheit mit einem Behördenmitglied auszudrücken. Eine Abwahl wäre viel wirksamer.

Erwin Böhi, Wül, Kantonsrat

Qualität beginnt bei der Führung

Die Operation ist überfällig: Es ist höchste Zeit, die Gesundheitsversorgung im Kanton St. Gallen zu straffen. Die nun endlich publizierten Defizite der Landspitäler lassen aus meiner Sicht keinen anderen Schluss zu. Mit ihrer Spitalstrategie ist die Regierung auf dem richtigen Weg, doch der ist lang und steinig. Nicht zuletzt, weil Spitalschliessungen in den Regionen auf harten Widerstand stossen. Das verstehe ich durchaus, doch ist die Gesundheitsversorgung nun einfach kein Regionalthema. Das oberste Ziel muss sein, eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Kanton zu haben. Für mich als Unternehmer ist klar, dass eine hohe Qualität nur mit bestens ausgebildeten und routinierten Mitarbeitenden sowie mit einer zeitgemässen Infrastruktur erreichbar ist. Beides hat im Gesundheitswesen einen enorm hohen Preis. Deshalb führt kein Weg an Effizienzmassnahmen vorbei, wenn wir Qualität wollen. Die Operation zur Straffung ist anspruchsvoll. Sie verlangt Verhandlungsgeschick, Führungsstärke und Durchhalten – Eigenschaften, für die ich Bruno Damann und Susanne Hartmann kenne und sehr schätze. Deshalb ist für mich klar: Damann und Hartmann in die Regierung!

Andreas Schweiss, Waldkirch
Kantonsratskandidat CVP

Der Wintersonne entgegen



Leserbild Wolfgang Reisser fotografierte auf der Schwägalp.

Russland als Spitzenreiter

Kernkraftwerke produzieren mit wenig Rohstoff riesigen Strom. Rechnungsbeispiel: Mit 1 Gramm Uran produziert man 8760 Kilowattstunden (kWh) Strom. Für die Produktion dieser Menge benötigen 584m² Solarpanels ein ganzes Betriebsjahr! Strom, die Schlüsselenergie für Forschung, Entwicklung, die Wirtschaft und das Wohlergehen der Bevölkerung. In Russ-

land hat man die Situation erkannt und ist aktiv, dort läuft die Forschung betreffend Kerntechnologie auf Hochtouren. Die Rosatom, vollständig unter Kontrolle des russischen Staates, hat Ziele. Derzeit ist sie Weltmarktführerin im Bau von Kernkraftwerken. Der Export nuklearer Technologien und Dienstleistungen ist ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel des Landes. Welt-

weit sind 62 russische Kernkraftwerkeinheiten in Betrieb. 11 Reaktoren in Bau: in Bangladesch 2, Indien 2, Slowakei 2, Türkei 1, Ukraine 2, Weissrussland 2, 20 Reaktoren in Planung: Ägypten 5, China 4, Finnland 1, Indien 2, Iran 2, Türkei 3, Ungarn 2, Usbekistan 2. Schlussfolgerung: Die Russen «schlafen nicht».

Janine Isler, Appenzel